

**Rede  
des sozial- und gesundheitspolitischen Sprechers**

**Uwe Schwarz, MdL**

zu TOP Nr. 4 und 5 – Erste Beratung/Abschließende Beratung

**4) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des  
Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege**  
Gesetzesentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 18/5633

**5a) Den drohenden Notstand in der ambulanten Pflege  
verhindern - aufsichtsrechtliche Möglichkeiten nutzen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP -  
Drs. 18/3649

**5b) Ambulante Pflege sichern - Tarifvertrag Soziales  
zügig realisieren**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3663

**5c) Niedersächsische Pflege nachhaltig stärken**  
Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3924

während der Plenarsitzung vom 29.01.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Zielrichtung des kurzfristig erneut eingereichten Gesetzentwurfes der AfD ist nach meiner Auffassung genauso durchsichtig wie platt. Das hat übrigens Herr Bothe noch einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Inhaltlich ist er sogar rechtswidrig.

Warum ist das so? Das Kammerwesen in Deutschland baut auf Pflichtmitgliedschaft und auf die Möglichkeit der Öffnung für freiwillige Mitglieder auf. Das ist mehrfach, auch seitens des GBD, im Fachausschuss bestätigt worden.

Meine Damen und Herren,

genau so haben wir das bei der Pflegekammer Niedersachsen geregelt.

Herr Bothe, wenn Sie hier nicht nur Klamauk machen wollen, haben Sie jetzt einen falschen Antrag gestellt. Denn das, was Sie haben wollen, ist ein Verein, ein Pflegering oder sonst irgendetwas. Aber das haben Sie nicht beantragt.

Sie regen sich darüber auf, dass ich im Vorstand der Pflegekammer gewesen bin. Ich muss mich nicht dafür rechtfertigen, dass ich dorthin eingeladen worden bin.

Wenn man so auftritt wie Sie, liegt es vielleicht ganz nahe, dass man nicht als Erster eingeladen wird.

Aber manchmal ist es, ehrlich gesagt, besser, wenn man miteinander redet und nicht nur übereinander. Das täte Ihnen bei diesem Thema auch gut, würde aber eventuell Ihr Weltbild etwas durcheinanderbringen.

Ich habe bei dieser Pflegekammer keine Verbandsfunktionäre erlebt. Ich habe dort auch keine Politprofis erlebt, sondern Pflegekräfte, die etwas Positives für den Berufsstand erreichen wollen und die es nicht verstehen, warum sie ständig persönlichen Hassangriffen ausgesetzt sind und von außen provoziert werden.

Wenn Sie sich mit der Thematik beschäftigt hätten, wüssten Sie auch, dass bei zwei der drei ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder ihr Ausscheiden schon sehr lange feststand - u. a. bei einer hochschwangeren Kollegin, die das sehr früh angezeigt hat. Aber das interessiert Sie natürlich alles nicht.

Es ist auch keine Frage, dass diese junge Kammer Fehler gemacht hat. Sie wurden teilweise auch von außen provoziert. Wir wissen sehr genau, dass bewusst Zigtausende Fehlmeldungen von angeblichen Mitgliedern der Pflegekammer gekommen sind, um den Ärger gegen die Kammer hochzuschaukeln. Und aktuell wird offenkundig versucht, die Kammer in Teilen von innen zu destabilisieren.

Sie wissen, dass es in der Koalition unterschiedliche Grundauffassungen zu diesem Thema gibt. Dennoch haben es CDU und SPD auch bei diesem Thema geschafft, im Haushalt erneut ihre Kompromissfähigkeit und ihren Handlungswillen unter Beweis zu stellen. Das finde ich auch gut und wichtig.

Im Übrigen sage ich Ihnen: Wer der Pflege wirklich helfen will, wer das wirklich will, der lässt die Kammer endlich mal in Ruhe ihre Arbeit machen.

In Wirklichkeit haben wir in der Pflege ganz andere Probleme - sie sind meines Erachtens so gewaltig wie noch nie -: erstens erhebliche Nachwuchsprobleme, zweitens vergleichbar schlechte Bezahlung, drittens Struktur- und Finanzierungsprobleme.

Bis 2030 wird die Erwerbsbevölkerung um 13 Prozent abnehmen, während der Anteil der Pflegebedürftigen dramatisch steigen wird. Sind wir noch vor zehn Jahren davon ausgegangen, dass wir in diesem Jahr in Niedersachsen rund 280.000 Pflegebedürftige haben würden, haben wir tatsächlich gegenwärtig schon fast 400.000 Pflegebedürftige. In zehn Jahren wird es knapp eine halbe Million sein. Allein in Niedersachsen fehlen gegenwärtig schon über 3.000 Pflegekräfte. In zehn Jahren werden es mindestens 30.000 sein.

Sehr unterschiedliche Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die Versorgungslücke in zehn Jahren bundesweit bei mindestens 300.000 Vollzeitkräften liegen wird. Die Versorgungslücke wird dabei regional sehr unterschiedlich ausfallen. In Niedersachsen wird sie bei über 50 Prozent liegen; laut Bertelsmann Stiftung werden es 51 Prozent sein. Das ist dramatisch. Es ist aber der Bundesschnitt. Beispielsweise in Brandenburg wird die Versorgungslücke 77 Prozent betragen.

Schauen wir uns einmal an, was das heruntergebrochen auf unsere eigenen Landkreise heißt. Die höchste Versorgungslücke wird im Landkreis Harburg und im Landkreis Osterholz mit annähernd 80 Prozent vorliegen. Wir haben also erheblichen Handlungsdruck, wenn es darum geht, die Situation der Pflege zu verbessern.

Pflege ist immer noch in jeder Beziehung ein Zukunftsberuf mit hohem Wachstumspotenzial. Trotzdem gibt es dramatische Nachwuchsprobleme. Wir haben in Niedersachsen die Schulgeldfreiheit eingeführt. Das hat sich ausgesprochen positiv ausgewirkt. Dadurch konnte die Zahl der Auszubildenden alleine in der Altenpflege um über 30 Prozent gesteigert werden. Auf Bundesebene konnte sie nur um 17 Prozent erhöht werden; und das übrigens ausschließlich durch Auszubildende mit Migrationshintergrund. Die Zahl der deutschen Auszubildenden ist um 1 Prozent zurückgegangen. Das heißt, dass die Pflege zurzeit in ganz starkem Maße von der Migration lebt. Auch das ist etwas, Herr Bothe, was Sie ab und zu mal zur Kenntnis nehmen sollten.

Wer Karriere machen will und auch ein auskömmliches Einkommen haben will, geht jedenfalls nicht zuerst in die Pflege. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen und vor allen Dingen endlich eine anständige und tarifvertragliche Bezahlung. Genau deshalb sagen wir seitens der Koalition erneut: Wir wollen in Niedersachsen einen Tarifvertrag Soziales auf den Weg bringen, der dann auf der Bundesebene vorangebracht wird.

Liebe Meta, das war bisher ein einmütiger Beschluss in diesem Haus; lediglich die FDP hat immer eine andere Position gehabt. Ich glaube nicht, dass das falsch ist. Es kann nicht sein, dass eine Vollzeitpflegekraft in Niedersachsen im Schnitt 2.600 Euro verdient, während die gleiche Pflegekraft für die gleiche Tätigkeit in Nordrhein-Westfalen oder in

Hamburg 3.000 Euro bekommt. Es kann nicht sein, dass wir bundesweit eine Spreizung von 1.700 bis 3.200 Euro haben. Es kann schon gar nicht sein, dass 70 Prozent der Vollzeitpflegekräfte in der Altenpflege mit unter 2.100 Euro brutto nach Hause gehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht nur unangemessen; das ist unanständig und auch würdelos.

Deshalb hoffen wir, dass es der Sozialministerin gelingt, die Akteure auch an dieser Stelle an einen Tisch zu bringen, um hier den Tarifvertrag Soziales anschieben zu können.

Lassen Sie mich auch etwas zu der Konzertierten Aktion sagen. Ich finde nicht, dass sie schlecht gewesen ist und erfolglos gewesen ist. Es ist schon ein Wert an sich, dass sie überhaupt stattgefunden hat und dass die Akteure endlich einmal aufeinander zugegangen sind. Dabei sind dann auch noch ziemlich ansehnliche Ergebnisse herausgekommen, insbesondere was tarifliche Bezahlung betrifft. Dafür danke ich Ihnen, Frau Dr. Reimann, ausdrücklich. Das ist ein ganz wichtiges Instrument für die Pflege gewesen.

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen: Neben allen Schwierigkeiten, die wir in der Pflege haben, ist das alles überlagernde Problem in der Pflege das System der Teilkaskoversicherung. Das wird sich auch durch noch so viele Beitragserhöhungen nicht lösen lassen. Wir brauchen deutlich besser bezahlte Pflegekräfte und bessere Arbeitsbedingungen, wenn wir eine Versorgungskatastrophe in der Pflegelandschaft verhindern wollen. Jede Verbesserung führt gegenwärtig zu einer Erhöhung der Eigenanteile und/oder zu einer Belastung der Sozialhilfe.

Die Pflegeversicherung wollte ursprünglich einmal verhindern, dass Menschen mit Eintritt des Pflegefalles in die Sozialhilfe rutschen. Das hat auch lange funktioniert. Zwischenzeitlich landen aber schon wieder über 40 Prozent insbesondere aller Bewohnerinnen und Bewohner von Altenheimen in der Sozialhilfe.

Wir sind uns sicherlich einig, dass es höchste Zeit wurde, dass auf Bundesebene endlich über dieses Kernproblem diskutiert wird. Dort schwirren viele Schlagworte durch den Raum: steuerfinanziert, Eigenbeteiligungsdeckelung, Verschiebung zwischen Pflege und GKV, Pflegevollversicherung, Sockel-Spitze-Tausch, Bürgerversicherung usw. Ich finde, allein das Wirrwarr dieser Vorschläge ist ein erneuter Beweis dafür, wie sehr die Pflege immer noch daran mangelt, dass sie keine durchsetzungsfähige Lobby hat. Ich bleibe dabei: Eine durchsetzungsfähige Lobby sind für mich starke Gewerkschaften und gut arbeitende Pflegekammern, meine Damen und Herren.

Der Pflegenotstand - das bestreitet, glaube ich, niemand - hat schon eingesetzt. Spätestens wenn die Babyboomerjahre - sie beginnen übrigens jetzt - verstärkt in die Pflegebedürftigkeit rutschen, stehen wir vor einer bisher nicht lösbaren dramatischen Versorgungslücke, und zwar sowohl in Bezug auf den Fachkräftemangel als auch in Bezug auf die Finanzierung. Wir brauchen deshalb schnelle, zukunftsfähige Lösungen. Die Politik hatte genug Zeit zu handeln, sie muss es tun. Deshalb ist jede Initiative zu begrüßen. Genau das sind auch die inhaltlichen Forderungen unseres Entschließungsantrags.